



Barthle-Brief

Nr. 59

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

14.06.2012

Thema der Woche:

„Deutschlands Stärke ist nicht unendlich“

Bundeskanzlerin Merkel spricht sich gegen Vergemeinschaftung europäischer Staatsschulden aus

In dieser vorletzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der parlamentarischen Sommerpause konnten wichtige Entscheidungen zur Stabilisierung Europas, seiner Wirtschaft und seiner Währung vorbereitet werden. „Niemandem ist geholfen, wenn Entscheidungen vertagt werden“, mahnte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder zu Beginn dieser Woche in seinem Bericht an die Fraktion. Der Vorsitzende unterstrich dabei die Wichtigkeit einer finanziellen Solidarität in Europa, die allerdings untrennbar verknüpft sei mit durchsetzbarer fiskalpolitischer Verlässlichkeit. Er setze seinen Hoffnung darauf, dass sich auch bei der Opposition im Deutschen Bundestag endlich die Erkenntnis durchsetzt: „Dass man Wachstum nicht mit Steuergeldern herbeizaubern kann, sondern durch ernsthafte Strukturereformen erarbeiten muss.“

Kauder kündigte ebenfalls gleich zu Beginn dieser Woche seine Gesprächsbereitschaft mit der Opposition an und äußerte seine Erwartung, dass diese Verantwortung in dieser Frage zeige und rasch mit der christlich-liberalen Koalition für den Fiskalpakt und den Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) stimme. Nach intensiven Verhandlungen einigten sich an diesem Donnerstag Koalition und Opposition darauf, den europäischen Fiskalpakt mit schärferen Haushaltsregeln und den dauerhaften Euro-Rettungsschirm (ESM) noch vor der parlamentarischen Sommerpause von Bundestag und Bundesrat verabschieden zu lassen. Die Abstimmung im Bundestag ist nun für den 29. Juni vorgesehen. Vor der Abstimmung wird es weitere Treffen von Kanzlerin Angela Merkel mit den Spitzenvertretern der Parteien und Fraktionen geben. Nach dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien am 22. Juni ist am 23. Juni eine weitere Begegnung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden vorgesehen.

Am 28. und 29. Juni tagt in Brüssel der Rat der europäischen Staats- und Regierungschefs. Kauder sagte nach der Einigung vom Donnerstag, man sei wieder einen guten Schritt vorangekommen. Der nun vereinbarte Zeitplan stelle sicher, dass der europäische Stabilisierungsmechanismus ESM gemeinsam mit dem Fiskalpakt pünktlich in Kraft treten kann.

Im gleichen Sinne wie Volker Kauder zu Beginn dieser Woche mahnte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Regierungserklärung kurz vor dem G-20-Gipfel der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer europaweit und international weitaus stärkere Anstrengungen im Kampf gegen die Finanzkrise an. Die Bundeskanzlerin will beim G-20 im mexikanischen Los Cabos Anfang kommender Woche weiter Druck machen und die Eurozone in den Mittelpunkt der Beratungen stellen, sagte die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung. Sie warnte dabei erneut vor überzogenen Erwartungen an Deutschland. „Ja, Deutschland ist stark“, sagte sie. Deutschland sei Wirtschaftsmotor und Stabilitätsanker in Europa, Deutschland setze diese Kraft im Dienste Europas und im Dienste der Weltwirtschaft ein. „Aber wir wissen eben auch: Auch Deutschlands Stärke ist nicht unendlich.“ In diesem Zusammenhang wies sie Begehrlichkeiten nach einer Vergemeinschaftung der europäischen Staatsschulden erneut zurück. Diese „scheinbar einfachen Vergemeinschaftungsüberlegungen sind völlig kontraproduktiv.“ Genau damit werde das Mittelmaß für Europa zum Maßstab erklärt. „Wir würden mit ihnen unseren Anspruch aufgeben, unseren Wohlstand im weltweiten Wettbewerb zu halten.“ Es könne gut möglich sein, dass eine Vergemeinschaftung der Schulden „manchen Marktteilnehmern“ durchaus Recht sei. „Aber wir machen nicht Politik im Auftrag der Märkte, sondern wir machen sie für die Zukunft der Menschen in unserem Lande“, so Merkel.

Nachtragshaushaltsgesetz 2012

Namentlich hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 abgestimmt. Damit reagiert die Koalition auf die bei Aufstellung des Haushalts 2012 nicht absehbare Fälligkeit von zwei Bareinlagen für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Mit dem Nachtrag werden die haushaltmäßigen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Deutschland bereits in diesem Jahr die Einzahlung der ersten beiden Raten des deutschen Anteils am Eigenkapital des ESM in Höhe von insgesamt rund 8,7 Milliarden Euro leisten kann. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Barthle erklärte dazu: „Es ist erfreulich, dass die Neuverschuldung in diesem Jahr gegenüber dem Regierungsentwurf des Nachtrags von 34,8 Milliarden Euro auf 32,1 Milliarden Euro sinkt. Wie bei der Veröffentlichung der Ergebnisse der Steuerschätzung im Mai angekündigt, nutzt die Koalition die Steuererhöhungen in diesem Jahr vollständig zur Absenkung der Neuverschuldung. Positiv machen sich auch die geringeren Zinsausgaben und die weiterhin gute Entwicklung am Arbeitsmarkt bemerkbar. Diese positiven Entwicklungen zeigen, dass es richtig ist, dass sich die Koalition bezüglich der wirtschaftlichen Annahmen vom Prinzip der Vorsichtigkeit leiten lässt. Der Bund wird die verfassungsrechtliche Schuldenregel strikt einhalten und übererfüllen: Voraussichtlich bereits im Jahr 2014 werden wir die Voraussetzung der Schuldenregel für das Jahr 2016 erfüllen; der ausgeglichene Haushalt ist in Sicht!“

Koalitionskongress zu ländlichen Räumen

An diesem Montag fand auf Einladung der Fraktionen von CDU/CSU und FDP in Anwesenheit von mehr als 500 angemeldeten hochrangigen Gästen der Kongress „Ländliche Räume, regionale Vielfalt – wie gestalten wir die Zukunft?“ statt. Die Koalitionsarbeitsgruppe „Ländliche Räume – regionale Vielfalt“ hat seit Jahresbeginn intensiv beraten und stellt fest: Deutschland lebt von und in seinen ländlichen Räumen. Die Mehrzahl seiner Unternehmen und etwa die Hälfte seiner Einwohner sorgt hier für Wohlstand und Wachstum für das ganze Land. In Zeiten des demographischen Wandels angesichts einer abnehmenden und älter werdenden Bevölkerung stehen gerade die ländlichen Räume vor besonderen Herausforderungen. Junge und aktive Menschen zieht es zunehmend in die vitalen urba-

nen Zentren. Damit besteht die Gefahr, dass viele Regionen in Deutschland den Anschluss verlieren. Die Unternehmen brauchen genügend Fachkräfte, die medizinische Versorgung muss gewährleistet bleiben, Schulen und Kindergärten müssen für Kinder und Jugendliche erreichbar bleiben, moderne Kommunikationstechnologien müssen weiter ausgebaut werden. Der Kongress diente dazu, Vorschläge und Anregungen aus der Diskussion mit betroffenen Unternehmen, Kommunen und Organisationen in die parlamentarische Arbeit einzubeziehen. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Veranstaltung wird die Koalitionsarbeitsgruppe Empfehlungen zur Stärkung der ländlichen Räume vorlegen, deren Umsetzung in der zweiten Jahreshälfte beginnen wird.

Jugendkriminalität besser bekämpfen

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur „Erweiterung der jugendgerichtlichen Handlungsmöglichkeiten“ führt die christlich-liberale Koalition den sogenannten Warnschussarrest ein und schließt damit in dieser Woche eine Lücke im Jugendstrafrecht. Zukünftig kann der Jugendrichter neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe einen bis zu vierwöchigen Arrest anordnen. Jugendliche Straftäter bekommen so einen Vorgeschmack darauf, was sie im Gefängnis erwartet, wenn sie ihre kriminelle Karriere fortsetzen. Sie gehen im Bewährungsfall also nicht mit einem gefühlten „Freifahrtschein“ nach Hause. Im Arrest eröffnet sich die Möglichkeit, erzieherisch auf sie einzuwirken. Auch kann die Trennung von der Umgebung, die den Jugendlichen negativ beeinflusst, heilsam sein. Zugleich wird das Höchstmaß der Jugendstrafe bei Mord für Heranwachsende von zehn auf 15 Jahre angehoben. Dem Ausmaß der Schuld wird so bei besonders schweren Mordverbrechen besser als bisher Rechnung getragen. Die christlich-liberale Koalition beschreitet mit diesen Sanktionsmöglichkeiten neue Wege im Kampf gegen die Jugendkriminalität. Die Koalition macht deutlich, dass sie sich mit dem nach wie vor hohen Stand von Gewalttaten Jugendlicher nicht abfindet.

Zitat:

„Um 15 Uhr beginnt die Sitzung der Bundestagsfraktion. Konrad Adenauer hat dieses Gremium einmal als Vorhof zur Hölle bezeichnet. Bundeskanzler dürfen ziemlich viel – aber nicht dort zu spät kommen.“ – (Die Entschuldigung von Bundeskanzlerin Merkel am Dienstag in Berlin, als sie eine Tagung des CDU-Wirtschaftstages ohne Debatte verließ, um pünktlich zur Sitzung der Unionsfraktion zukommen.)